



<b>Antrag</b>	
der Fraktion SPD	
<b>AT-128/21-26</b>	
Datum	07.09.2023

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Haupt- und Finanzausschuss	26.09.2023	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	05.10.2023	beschließend

**Betreff:**

Antrag der SPD-Fraktion vom 22.08.2023 zur Verweisung - Unterstützung und Beschleunigung der Digitalisierung der Rüsselsheimer Verwaltung

**Beschlusstext:**

**Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.09.2023:**

Auf Bitte des Herrn Stadtv. Jagla nach einem Sachstandsbericht zur OZG-Umsetzung gibt Frau Hartung, Fachbereich Zentrales, einen Überblick zum aktuellen Bearbeitungsstand.

**Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 05.10.2023**

Im Laufe der Diskussion einigt sich die Stadtverordnetenversammlung auf folgende Ergänzung des Antrages der SPD-Fraktion:

**Neuer Punkt e):**

*„Die Stadt Rüsselsheim schließt sich der Initiative der Städte Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt zur Modernisierung der Verwaltung und Beschleunigung der Digitalisierung an.“*

Frau Stadtv. Steinborn und Herr Stadtv. Walczuch beantragen getrennte Abstimmung der Antragspunkte. In einer ersten Abstimmung wird über die Antragspunkte a) bis d) en bloc abgestimmt. In einer zweiten Abstimmung über den neuen Antragspunkt e).

**Abstimmung über die Punkte a) bis d) des Antrages der SPD-Fraktion vom 22.08.2023 Nr. AT 128/21-26:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 23 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen und 5 Stimm-Enthaltungen die Punkte a) bis d) des Antrages der SPD-Fraktion vom 22.08.2023 Nr. AT 128/21-26 an den Magistrat zur weiteren Bearbeitung zu verweisen wie folgt:

*„Der Magistrat wird beauftragt, nachdrücklich die Bemühungen zur Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltungsprozesse zu erhöhen, um die Effizienz und Effektivität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu steigern.  
Der Magistrat soll die bereits begonnenen Maßnahmen zur Digitalisierung fortsetzen und intensivieren. Dabei sollen insbesondere die folgenden Schwerpunkte berücksichtigt werden.*

a) **Ausbau der E-Government-Dienste:** Der Magistrat wird aufgefordert, die Palette der über das Internet verfügbaren Dienstleistungen kontinuierlich zu erweitern. Dabei sollen vermehrt bürgernahe Angelegenheiten in den Fokus genommen werden, um den Bürgerinnen und Bürgern ein komfortables Online-Angebot zur Verfügung zu stellen.

b) **Optimierung von Prozessen:** Es ist sicherzustellen, dass bei der Digitalisierung nicht nur bestehende Prozesse abgebildet, sondern auch kritisch auf ihre Effizienz hin überprüft werden. Der Magistrat wird aufgefordert, Prozessoptimierungen zu prüfen und umzusetzen, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden.

c) **Schulungen:** Der Magistrat wird gebeten, Schulungskonzepte für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuarbeiten und durchzuführen um sicherzustellen, dass alle die digitalen Instrumente souverän nutzen können und Veränderungen im Arbeitsablauf positiv aufnehmen.

d) **Digitalisierung der internen Verwaltungsstrukturen:** Die Stadtverwaltung soll nicht nur in Bezug auf E-Government und Bürgerkontakt, sondern auch intern als Unternehmen betrachtet werden. Hierbei sollen die internen Verwaltungsprozesse und Kommunikationswege durch digitale Lösungen und entsprechende Hardware modernisiert und effizienter gestaltet werden

Des Weiteren ist die Zusammenarbeit mit dem Land Hessen und anderen Kommunen zu suchen, um von bewährten Best Practices und Ressourcen zu profitieren, insbesondere soll die Stadtverwaltung von möglichen digitalen Musteranwendungen des Landes Hessen und des Bundes Gebrauch machen, um zeit- und kosteneffiziente Lösungen für die eigenen Anforderungen zu entwickeln. Es soll auch eine Möglichkeit geschaffen werden, Erläuterungen zu Verwaltungsprozessen für Bürgerinnen und Bürger durch kurze Erklärvideos (Mehrsprachige) anzubieten, um mehr Barrierefreiheit zu schaffen.“

Abstimmung über den neuen Punkt e) des Antrages der SPD-Fraktion vom 22.08.2023 Nr. AT 128/21-26:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig, den Punkt e) des Antrages der SPD-Fraktion vom 22.08.2023 Nr. AT 128/21-26 an den Magistrat zur weiteren Bearbeitung zu verweisen wie folgt:

*„Die Stadt Rüsselsheim schließt sich der Initiative der Städte Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt zur Modernisierung der Verwaltung und Beschleunigung der Digitalisierung an.“*

**Begründung:**  
siehe Anlage

Rüsselsheim am Main, den 05.10.2023

Jens Grode  
Stadtverordnetenvorsteher